

Der Verfassungsentwurf und Reaktionen

Wenn der politische Reformprozeß erfolgreich verläuft, wird Thailand noch in diesem Jahr eine neue Verfassung bekommen; bis dahin sind jedoch noch einige Hindernisse zu überwinden.

Der erste Entwurf der Verfassung, der von einer Arbeitsgruppe der Verfassungsverammlung geschrieben wurde, sieht unter anderem folgende Änderungen vor:

* Neben 400 Abgeordneten des Parlaments (Unterhaus), die nach dem Mehrheitswahlsystem aus den Wahlkreisen hervorgehen, sollen 100 Abgeordnete aus einer Parteienliste gewählt werden.

* Der Senat soll kleiner werden (161 Senatoren) und mehrheitlich direkt vom Volk gewählt werden. Ein kleinerer Teil von Akademikern sowie Rechts- und Verwaltungsexperten soll von einem Auswahlkomitee ernannt werden. Im Gegensatz zu den Unterhausabgeordneten sollen die Senatoren keiner Partei angehören, müssen mindestens 40 Jahre alt sein und einen Hochschulabschluß vorweisen können.

* Der Premierminister muß gewählter Parlamentsabgeordneter sein.

* Die Zahl der Minister wird auf insgesamt 50 begrenzt; sie müssen weiterhin nicht gewählte Parlamentarier sein und darüber hinaus müssen

Parlamentsabgeordnete bei Übernahme eines Ministerpostens ihren Parlamentssitz aufgeben.

* Die Wahlen sollen von einer auf neun Jahre ernannten Wahlkommission organisiert und überwacht werden; der Urnengang soll obligatorisch gemacht werden (Wahlpflicht).

Die Verfassungsversammlung soll die endgültige Version des Verfassungsentwurfs im August verabschieden und dem Parlament zur Abstimmung übergeben. Sollte das Parlament den Entwurf ablehnen, ist ein Referendum vorgesehen.

Erste Reaktionen des Premierministers Chavalit sowie aus den Reihen des Senats machen die Zustimmung ungewiß. Chavalit kritisierte zwar nicht direkt den Inhalt des Entwurfs, distanzierte sich jedoch vom Reformprozeß, indem er jede Verantwortung seiner Regierung für den Ausgang der Parlamentsabstimmung ablehnte. Den Abgeordneten der Koalitionsparteien stehe es frei, nach ihrem Gewissen zu entscheiden. Kritik am Inhalt des Verfassungsentwurfs kam aus den Reihen des Senats. Senatssprecher Meechai Ruchuphan sagte beispielsweise, die Zahl der Senatoren sei zu klein und die Direktwahl werde die Senatoren unter den politischen Einfluß der Parteien bringen. Der

Senat müsse aber weiterhin unabhängig bleiben. Senatorin Srisawang Puawongpat stellte jedoch klar, daß es sich dabei nicht um eine offizielle ablehnende Position des Senats gehandelt habe, sondern lediglich um die persönliche Haltung einiger Senatoren zu umstrittenen Punkten des Entwurfs.

Kritik kam auch von Parlamentsabgeordneten; Parlamentspräsident Wan Muhammad Nor Matha hob dagegen die positiven Punkte hervor, so die Verbesserung der Situation der individuellen Rechte und Freiheiten sowie die Dezentralisierung durch Direktwahl lokaler Verwaltungsgremien. Kritik übte Wan Mohamad allerdings an dem Vorschlag, gewählte Parlamentsabgeordnete zur Rückgabe dieses Amtes bei Übernahme eines Ministerpostens zu zwingen.

Vertreterinnen der Frauenbewegung befürworteten den Entwurf wegen des klaren Verbots der Diskriminierung von Frauen und wegen der vorgesehenen Möglichkeit, daß Bürgerinitiativen – zum Beispiel die Frauenbewegung – mit 50.000 Unterschriften Gesetzesvorschläge und –änderungen einbringen können. Die thailändische Presse nahm den Verfassungsentwurf ebenfalls überwiegend positiv auf.

vgl.: BP Online Constitution Special, März 1997, BP Online 7.5.1997, 11.5.1997, 12.5.1997, 13.5.1997, 14.5.1997, 21.5.1997

Illegales Holzfällen in Kambodscha

Nach Informationen der Nichtregierungsorganisation *Global Witness* haben thailändische Unternehmen in Kambodscha wiederholt illegal Holz geschlagen. In diese Aktivitäten seien thailändische Politiker und das Militär verwickelt gewesen. Ferner warf die Organisation mit Sitz in London der thailändischen Regierung in einer Pressemitteilung vom 5.2.1997 vor, diese Verstrickungen vertuschen zu wollen.

Nach den Informationen von *Global Witness*, die auf Interviews und geheimen Kameraaufnahmen im kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet beruhen, haben thailändische Firmen illegal mehr als 120.000 Kubikmeter Holz nach Thailand importiert. Diese Importe seien illegal, weil die neun beteiligten Firmen keinen Vertrag mit der kambodschanischen Regierung abgeschlossen hatten, der den Einschlag genehmigt hätte. Der jetzige thailändische Premierminister Chavalit sei von den Einschlägen voll informiert gewesen.

Sowohl Chavalit als auch der Ex-Premierminister Banharna Silapa-archa haben inzwischen jede Beteiligung an den illegalen Holz-Geschäften bestritten.

vgl.: BPW 14.2.1997

Pension für Narong Kittikachorn

Premierminister Chavalit bewilligte Narong Kittikachorn Anfang April eine Militärpension, mußte diesen Beschluß jedoch aufgrund öffentlicher Proteste wenige Tage später zurücknehmen. Narong wird vorgeworfen, im Oktober 1973 den Waffeneinsatz gegen Demonstranten der Demokratiebewegung befohlen zu haben. Nach der Absetzung der Militärregierung wenige Tage später mußte er das Land verlassen und kehrte 1976 zurück. Der Beschluß des Premierministers, ihm eine Militärpension zuzubilligen (es handelt sich um einen relativ kleinen Betrag von 3700 Baht monatlich) war zwar rechtlich einwandfrei, führte aber wegen seiner politischen und symbolischen Bedeutung umgehend

zu vielfältigen Protesten. Aufgrund dieser Proteste – zum Teil auch aus den Reihen der Regierung – zog Chavalit seinen Beschluß zurück. Es wird angenommen, daß Narong einen erneuten Versuch unternommen hätte, sein 1973 beschlagnahmtes Vermögen zurückzuerhalten, falls der Pensionsbeschluß ohne öffentlichen Aufschrei wirksam geworden wäre.

Narong bestritt in einem Interview seine Verantwortung für den Waffeneinsatz gegen Demonstranten und sagte, mit der Rücknahme des Pensionsbeschlusses stehe die Regierung des Mobs höher als das Gesetz: "Ich bedaure es, als Thailänder geboren zu sein und solch einer Situation gegenüberstehen zu müssen. Ich kann mich auf keinerlei Gesetz verlassen."

vgl.: BP Online 6.4.1997

Erleichterter Land-erwerb für Ausländer

Für eine weitere Stimulation ausländischer Investitionen in Thailand hat das Kabinett zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt, die die rechtlichen Bestimmungen, unter denen Ausländer Grundbesitz erwerben können, lockern sollen. Das eine Gesetzesvorhaben sieht vor, Ausländern, die mehr als eine Mio. US-Dollar in Thailand investieren, mit vorheriger Genehmigung des Innenministeriums zu erlauben, Grundstücke bis zu einer Größe von 1 Rai (0.05 ha) zu privaten Zwecken zu erwerben.

In dem anderen Gesetzesvorhaben soll der Zugang zu Besitz von Eigentumswohnungen (condominium) für Ausländer erleichtert werden. Durften bisher höchstens 40 Prozent der Einheiten einer

Eigentumswohnunganlage in Händen von Ausländern bzw. von ausländischen Firmen sein, so soll durch den Entwurf diese Beschränkung völlig aufgehoben werden.

Das Kabinett beauftragte zusätzlich die betreffenden Behörden, weitere Möglichkeiten zu überprüfen, die Bestimmungen für den Landbesitz durch Ausländer zu kommerziellen bzw. industriellen Zwecken zu lockern. Im Moment sind nur diejenigen ausländischen Investoren und ausländischen Investmentprojekte berechtigt, Grundstücke zur Unterbringung ihrer Produktionsanlagen zu besitzen, die bestimmte Kriterien des Board of Investment erfüllen. Beide Gesetzesentwürfe wurden an das Parlament weitergeleitet.

vgl. Press Release of the Royal Thai Consulate-General Berlin, 5/2540

Projekt zur Erweiterung des Flughafens von Bangkok

Das Projekt zur Erweiterung des Bangkok International Flughafens nimmt konkrete Formen an. Die thailändische Luftwaffe, die über ein Jahrhundert mit ihren Haupteinrichtungen auf einem dem Flughafen angrenzenden Gelände beheimatet war, hat mit dem Auszug begonnen und wird das Gelände dann der Airport Authority of Thailand (AAT) übergeben.

Das 120 Rai (sechs Hektar) große Gelände soll zusätzlichen Platz für Taxi-Wege, einem Vorfeld für die Flughalle und zusätzliche Passagier-Terminals schaffen. Das Projekt, dessen Kosten sich voraussichtlich auf 11,96 Milliarden Baht (470 Mio. US-Dollar) belaufen werden, soll bis zum Jahre 2000 fertiggestellt sein.

Das Projekt ist ein Teil des Plans, mit dem die Regierung der rapide steigenden Nutzung des Bangkok International Airports Herr werden will, während der Bau eines zweiten internationalen Flughafens für Bangkok bei Nong Ngu Hao im Südosten der Stadt erwartet wird.

Nach Beendigung der Erweiterung im Jahr 2000 wird der derzeitige Flughafen 65-70 Flüge pro Stunde abwickeln können, bisher lag die Kapazität nur bei 50 Flügen pro Stunde. Die erweiterte Kapazität des Flughafens wird voraussichtlich den steigenden Bedarf bis ins Jahr 2007 decken können.

Auch auf dem Gebiet der Flugsicherheit hat die thailändische Luftfahrt Fortschritte zu verzeichnen. Thailands Flugsicherheit wurde von der Federal Aviation Administration (FAA) der USA im April 1997 in die erste Kategorie eingestuft.

Die FAA führte in ihrer Bewertung an, daß in Thailand die von der International Civil Aviation Organization (ICAO) aufgestellten Standards für Flugsicherheit in der Lizenzierung und Überwachung von Flugzeugen voll erfüllt werden.

vgl. Press Release of the Royal Thai Consulate-General Berlin, 5/2540

Finanzkrise: Börsengeschäfte suspendiert

Ein Teil der Börsengeschäfte wurde Anfang März auf Anordnung des Finanzministers Amnuay vorübergehend suspendiert, weil mindestens ein Dutzend Banken und Finanzunternehmen ihre Finanzkapazität überzogen hatten und vor dem Bankrott standen. Nach seiner Entscheidung machte Amnuay die Namen von zehn Unternehmen in dieser Situation öffentlich, die insgesamt 8,2 Milliarden Baht benötigten, um ihre Krise zu überwinden. Vize-Finanzminister Chayarat kritisierte Amnuay scharf dafür die Namen betroffener Unternehmen zu veröffentlichen. Die wirtschaftliche Krise führte auch zu politischen Spannungen innerhalb der Regierungskoalition zwischen der *New Aspiration Party* und der *Chart Pathana Party*.

vgl. BP Online 4.3.1997, 5.3.1997

Chatichai für Parteien-Zusammenschluß

Chatichai Choonhavan, ehemaliger Premierminister und gegenwärtiger Präsident der *Chart Pathana* Partei, hat während seiner Geburtstagsfeier im April den Zusammenschluß seiner Partei mit *Chart Thai* vorgeschlagen. *Chart Pathana* hatte sich 1992 nach dem Mai-Massaker als neutrale Partei im Kampf zwischen den militärfreundlichen Parteien und den prodemokratischen, militärkritischen Parteien von *Chart Thai* abgespalten. *Chart Thai* konnte als Mitglied der Koalition, die den damaligen Oberbefehlshaber Suchinda an die Macht gebracht hatte, eindeutig als pro-militärisch identifiziert werden.

vgl.: BP Online 18.4.1997

Fallender Baht-Kurs: Singapur hilft

Um einen weiteren Verfall des Baht-Kurses zu verhindern, haben die Zentralbanken Thailands und Singapurs am 14.5. erstmals gemeinsame Aktionen ergriffen. Der Kurs des Baht hatte mit 26,3 Baht pro Dollar den schwächsten Stand in diesem Jahrzehnt erreicht. Obwohl es sich nicht um direkte finanzielle Unterstützung, sondern lediglich um "technische Hilfe" gehandelt hat, ist diese Zusammenarbeit bedeutend im Zusammenhang mit Bestrebungen in Richtung einer stärkeren Kooperation der Zentralbanken der Region. Ein wichtiger Grund für den Eingriff war die Befürchtung, daß eine Abwertung des Baht auch die Wechselkurse des malaysischen Ringgit und der indonesischen Rupiah beeinflussen könnte.

vgl.: Financial Times, 15.5.1997



Demonstrierende thailändische Bauern

aus: FEER v. 3.4.97, S. 16

Proteste des "Forums der Armen"

Das "Forum der Armen" hat seinen Protest vor dem Regierungsgebäude nach 99 Tagen beendet, nachdem es zu einer Einigung mit der Regierung gekommen war. Das Forum ist angetreten, um die Interessen der armen ländlichen Bevölkerung zu vertreten. Im März und im Oktober 1996 hatte es bereits Proteste gegeben, die jeweils nach Verhandlungen mit der Regierung beendet wurden. Die

Erfahrung, daß die damaligen Versprechen der Regierung nicht oder nur teilweise erfüllt wurden, führten diesmal zu besonders langwierigen Verhandlungen, bevor das Forum bereit war, das Regierungsangebot anzunehmen.

Während des Protests haben Vertreter des Forums ein oder zwei Mal wöchentlich mit Regierungsvertretern verhandelt. Ein konkretes Ergebnis ist, daß 6.766 Familien, die von den Staudammprojekten Rasi Salai, Sironthorn und Pak Mul betroffen sind, finan-

ziell entschädigt werden. Von Umsiedlungsplänen betroffene Familien in Forstreservaten dürfen ihren Wohnsitz behalten. Zahlreiche Spenden haben dem Forum die Organisation des langen Protests ermöglicht; die Organisatoren bestritten jedoch Gerüchte, nach denen die ländlichen Protestteilnehmer mit bis zu 50 Baht pro Tag für ihre Teilnahme entlohnt worden seien.

vgl.: BP Online 13.3.1997, 4.5.1997